

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 6

Ausgegeben am 7. Mai 1920

38. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Das Ergebnis von San Remo und die politische Lage

Von Heinrich Cunow

Die Ministerkonferenz von San Remo hat gesprochen. Neben dem Beschluß einer Aufteilung der Türkei — denn anders läßt sich die Abtrennung Syriens, Palästinas, Arabiens, Mesopotamiens, Armeniens und Smyrnas vom Osmanenreich nicht bezeichnen — verdient die gegen Deutschland gerichtete Erklärung, die das deutsche Ersuchen, in Anbetracht der inneren Wirren vorläufig das deutsche Reichsheer auf einem Bestand von 200 000 Mann halten zu dürfen, rundweg ablehnt, die strikte Durchführung des Versailler Friedensvertrags fordert und mit einer Besetzung weiterer Teile des deutschen Reichsgebietes droht, die größte Beachtung, da sie grell die europäische Lage beleuchtet und geeignet ist, so manche naiven Illusionen zu vernichten, die in letzter Zeit wieder in der deutschen Presse auftauchten. So not es für die innere Gesundung Deutschlands ist, daß endlich die traurige Wirtschaftslage des neuen Deutschlands begriffen wird, so nötig ist es, daß das Verhältnis Deutschlands zu den Ententemächten in allen seinen Konsequenzen erfasst wird und das Operieren mit schönen inhaltsleeren Hoffnungen und Illusionen aufhört. Auch auf dem Gebiet der auswärtigen Politik ist das beste Mittel des Erfolges die Erkenntnis dessen, was ist — nicht das Einstellen von Wünschen und Hoffnungen als Tatsachen in die politische Kalkulation.

Unter diesem Gesichtspunkt ist aber kaum begreiflich, daß noch bis in die ersten Tage der Aussprache in San Remo hinein ein wesentlicher Teil der liberalen und auch der sozialdemokratischen Presse an einen scharfen Zusammenprall zwischen England und Frankreich in San Remo und an eine alsbaldige gründliche Revision des Versailler Friedensvertrags glaubte, bei der England an der Seite Deutschlands stehen würde. Das Ergebnis von San Remo müßte diese Illusionspolitiker eigentlich bitter enttäuscht haben; in Wirklichkeit haben sich jedoch nicht wenige Exemplare dieser Spezies gefunden, die sogar in der Erklärung von San Remo wieder ein vielverheißendes Symptom einer baldigen Friedensvertragsrevision gefunden haben; denn, so folgern sie: die alliierten Regierungen haben sich doch bereit erklärt, mit deutschen Regierungsvertretern in Spaa zu konferieren, setzen sie sich aber erst einmal mit unseren Vertretern an den Verhandlungstisch, dann kann auch die Verständigung nicht ausbleiben. Eine bekannte Melodie, die durch ihr Alter keineswegs an Güte und Beweiskraft gewonnen hat. Auch vor den Versailler Friedensverhandlungen wußten dieselben Propheten zu erzählen: »Sind wir erst mal so weit, daß die Vertreter der Mächte zu Friedensverhandlungen zusammentreten, wird auch bald auf vernünftiger Basis die Verständigung mit dem Deutschen Reich erfolgen, zumal alle am Kriege beteiligten Länder sehnlichst nach Frieden verlangen und der deutsche

Militarismus vollständig gebrochen ist.« Welchen Wert dieses Raisonnement hat, zeigt der Text des abgeschlossenen Versailler Friedensvertrags.

Wie es scheint, haben manche Zeitungspolitiker sich dermaßen an den politischen Trancezustand gewöhnt, daß sie auch heute noch nicht die einfachsten Konsequenzen des Ententesiegs begreifen. Anstatt aus dem Kriege vernichtet hervorzugehen, gewann der Imperialismus in den Ententesstaaten neue Lebenskraft, und zwar auch in Kreisen, die früher den imperialistischen Bestrebungen gleichgültig oder gar abwehrend gegenüberstanden; denn der Krieg hat, wenn man von den Vereinigten Staaten von Amerika absieht, auch in den Ententesstaaten eine große Vernichtung materieller Werte, eine Zerrüttung des inneren Wirtschaftslebens hinterlassen und dort in gar vielen Köpfen den Wahn hervorgerufen, nun müßte alles das, was den Siegern an Werten im Kriege verloren ging, durch möglichst rücksichtslosen Druck auf die besiegten Länder und durch Neuerwerbungen fremder Gebiete möglichst bald wieder hereingebracht werden.

Besonders gilt das von Frankreich, wo der Krieg zu einer seltsamen Allianz des Imperialismus mit einem eigenartigen Nationalpatriotismus und einem sich als Hüter alter französischer Machtraditionen fühlenden Militarismus geführt hat, so daß man fast von einer Übertragung des ehemaligen in Potsdam kultivierten militaristischen Geistes auf Paris sprechen kann, nur daß dieser französische Militarismus statt der feudal-aristokratischen teilweise eine finanz-aristokratische Maske trägt. Mag Millerand sich immerhin offiziell als Leiter des französischen Geschicks aufspielen, in allen wichtigen Fragen der Außenpolitik und der Stellung zu Deutschland liegt die Entscheidung bei der französischen Generalität, die nicht nur in den Kreisen der eigentlichen imperialistischen Großbourgeoisie, sondern auch bei jener Masse der Abgeordneten Unterstützung findet, die am 16. November vorigen Jahres auf das Wahlprogramm gewählt ist: »Niederhaltung Deutschlands, Bezahlung aller Kriegsschäden durch die Boches — und deshalb strengste Durchführung des Versailler Friedensvertrags entsprechend der französischen Deutung seiner Artikel.« Wer soll denn auch diesen Vertrag durchführen, wenn die Generalität nicht mitmacht, und wer kennt besser die dazu nötigen militärisch-taktischen Mittel, als die glorreichen Heerführer?

Die Folge ist, daß in allen Mitteleuropa betreffenden Fragen heute in Frankreich die Militärelite um Marschall Foch entscheidet und Millerand mit seinem Kabinett nur den Exekutor ihrer Wünsche spielt — vielleicht manchmal wider Willen; aber will er nicht verschwinden, muß er notgedrungen die Fiktion aufrechterhalten, daß die Bestimmungen des Versailler Vertrags sich, falls nur mit dem nötigen militärischen Nachdruck verfahren wird, recht wohl durchführen lassen, Deutschland im Laufe der Zeit alle ihm auferlegten Lasten zahlen wird und es zugleich in einem solchen Zustand innerer Schwäche erhalten werden kann, daß Frankreich seine völlige Erholung und Revanche nicht zu fürchten braucht. Stürzt diese Fiktion zusammen, so stürzt damit auch die Millerandsche Regierung und noch einiges mehr.

Selbst in England ist der Einfluß der Generalität, besonders der Admiralität, heute größer als vor dem Kriege, wenn auch die alten Traditionen des englischen politischen Lebens und die geschichtliche Eigenart seines parlamentarischen Regimes verhindern, daß die militärischen Ansichten eine ähnliche Bedeutung für die englische Außenpolitik zu erlangen vermögen wie

in Frankreich. An den weltpolitischen Imperialismus der englischen Handels- und Finanzbourgeoisie aber ist Lloyd George vielleicht noch mehr gebunden als Millerand in Frankreich; denn infolge der wachsenden Gegenströmung gegen die Tendenzen seiner Politik und der steigenden politischen Bedeutung der britischen Arbeiterpartei ist er heute auf einen starken politischen Rückhalt angewiesen, und diesen Rückhalt vermag ihm unter den gegebenen Umständen nur die imperialistische Bourgeoisie zu liefern. Daher die Erscheinung, daß er immer mehr in das Fahrwasser der jingoistischen Weltpolitiker gerät.

Aber dennoch ist die Lage Englands gegenüber Deutschland eine wesentlich andere wie die Frankreichs. John Bull hat im wesentlichen erreicht, was er zu erreichen wünschte. Die unbequeme Handels- und Schiffahrtskonkurrenz Deutschlands ist gebrochen und in Anbetracht der im Versailler Friedensvertrag stipulierten stetigen finanziellen Schröpfung eine Wiedererstarkung seiner Wirtschaftskraft bis zu einem Englands Weltmachtsstellung gefährdenden Grade auf Jahrzehnte hinaus nicht zu befürchten. Zugleich ist so ziemlich auf dem europäischen Kontinent wieder jene *balance of power* hergestellt, die die Entscheidung über die politische Konstellation in Englands Hand legt und ihm gestattet, die vorhandenen kontinentalen Gegensätze in seinem Interesse nach Belieben gegeneinander auszuspielen. Soweit von einer Machtüberhäufung auf dem Kontinent die Rede sein kann, ist diese jedenfalls nicht auf seiten Deutschlands zu finden, sondern eher auf seiten Frankreichs, zumal dieses in Polen und zum Teil auch in Belgien dienstwillige Klienten gefunden hat. Die stärkste Macht auf dem Kontinent ist heute nicht mehr Deutschland, auch nicht der wirtschaftlich geschwächte russische Koloss, sondern trotz des durch den Krieg hervorgerufenen Rückgangs seiner männlichen Jugend und seiner militärischen Leistungsfähigkeit Frankreich — eine Tatsache, derzufolge nach dem alten Grundsatz englischer Politik sorgfältig darauf geachtet werden muß, daß diese Macht nicht Gelegenheit erhält, ihren Einfluß immer weiter auszudehnen und Englands Kontinentalpläne zu durchkreuzen. Im Gegenteil muß Frankreich bedeuft werden, daß auch über den Kontinent England die Aufsicht gebührt.

Aus dieser angemachten Kontrollstellung über Europa erklärt sich auch, wenn England sich jüngst gegen die eigenmächtige Besetzung Frankfurts und Darmstadts durch französische Truppen gewandt und der Millerandschen Regierung deutlich seine Mißbilligung in Paris ausgedrückt hat. Es ist eine der naivsten Illusionen der deutschen Presse, sich diese Haltung aus dem Wohlwollen der englischen Regierung für Deutschland zu erklären. Sprechen auch noch andere Motive mit, zum Beispiel das Bestreben, Gegenstrümpfe gegen Frankreichs Pläne im Orient zu gewinnen, so liegt doch der Hauptbeweggrund des englischen Einspruchs darin, dem Millerandschen Kabinet mit aller Deutlichkeit zu demonstrieren, daß England ein eigenmächtiges Vorgehen seines französischen Alliierten nicht duldet, sondern daß dieser künstig vor seinen Aktionen Englands Billigung einzuholen und, wenn ihm diese versagt wird, sich den englischen Ansprüchen zu fügen hat.

Ebenso wie in Europa hat England auch in Asien seine Wünsche erreicht. Der bisherige türkische Länderbesitz wird zu einem bunten Frikassée zerhackt, von dem der für England wichtigste Teil, die große Länderbrücke von Ägypten nach Indien und Persien, direkt unter Englands Herrschaft

kommt, ein anderer Teil, wie Armenien, Syrien, Palästina, indirekt; denn die geplanten Aufsichts- und Verwaltungskommissionen, mit denen man diese Länder zu beglücken gedenkt, sind sämtlich, wenn sie die ihnen gestellten Aufgaben auch nur einigermaßen erfüllen wollen, auf Englands Unterstützung angewiesen. Ohne diese Hilfe sind sie mattgesetzt. Nehmen wir als Beispiel Armenien. Nachdem die nordamerikanische Union das ihr angefragene Mandat über diesen neugebildeten Staat abgelehnt hat, gedenkt man jetzt, wie es heißt, Norwegen die zweifelhafte Ehre schenken zu wollen. Aber was vermag Norwegen im fernen Armenien, in dem es weder einen Rückhalt findet noch nennenswerte Interessen besitzt, auszurichten, wenn es bei seinen Maßnahmen nicht Englands Beistand findet? Ohne Englands Billigung kann es nichts unternehmen. Muß es aber bei allen Schritten auf Englands Willen Rücksicht nehmen, so wird es notwendig zu dessen Willensvollstrecker.

Ebenso steht es mit der sogenannten »Internationalisierung« der Dardanellen. Tatsächlich bedeutet die beschlossene sogenannte Internationalisierung jener Meerengen nichts anderes als ihre Stellung unter Englands Flottenmacht. Die fremde Kommission in Konstantinopel wird wohl gar bald zu einem bloßen Dekorationsstück werden. Schon heute, besonders nach dem Einmarsch englischer Truppen in Konstantinopel, liegt die eigentliche Macht am Bosphorus fast ganz in Englands Händen; General Franchet d'Esperey ist zur bloßen Repräsentationsfigur geworden, die wirklichen Einfluß kaum mehr besitzt.

Dazu kommt, daß künftig noch mehr als heute England in dem Venizelischen Griechenland einen Satrapenstaat gewinnen wird, der sich willig seiner Gefolgschaft einreihet. Es war ein schlauer Schachzug Englands, daß es Griechenland in seinen Landforderungen gegenüber Frankreichs Präensionen unterstützte, so daß sich Griechenland über die ganze südliche Balkanhalbinsel bis zur Tschataltschalinie erstreckt und ihm auch die Verwaltung des Gebietes von Smyrna zufällt. Nicht nur, weil England sich dadurch die Dankbarkeit maßgebender griechischer Kreise gesichert und gegen die französischen Ausdehnungspläne im Orient einen Widersacher gewonnen hat, sondern weil auch Griechenland diesen ausgesogenen Länderkomplex nur zu beherrschen vermag, wenn ihm die Finanzkraft Englands zur Seite steht und die englische Flotte ihm den Besitz des Neuerworbenen garantiert.

Swar steht auch der englische Imperialismus sich durch den amerikanischen Imperialismus eingeengt, der während des Krieges infolge der den Yankeeekapitalisten zugeflossenen enormen Kriegsgewinne mächtig erstarkt ist und dem englischen Kapitalismus in Süd- und Mittelamerika ein finanzielles Gebiet nach dem anderen abgräbt. Daß man, wenn auch nicht in den Kreisen der englischen Durchschnittsintellektuellen, doch in den englischen Finanz- und Handelskreisen die Gefahr, die England von dieser Seite droht, sehr wohl erkennt, geht aus den Äußerungen großkapitalistischer Korporationen ziemlich deutlich hervor; und es ist anzunehmen, daß auch die Lloyd Georgesche Regierung künftige englisch-amerikanische Konflikte voraussieht. Aber man kennt dort die heutige wirtschaftliche Übermacht der Union recht wohl und macht deshalb, soweit es die Aufrechterhaltung eines leidlichen freundschaftlichen Verhältnisses zu Onkel Sam verlangt, dem ideologischen Doktrinarismus des großen amerikanischen Bruders und seinen

verschiedenen Wünschen bereitwillig kleine Zugeständnisse, selbst jenen, die sich auf eine größere wirtschaftliche Beteiligung an Deutschlands und Rußlands Wirtschaftsleben richten.

Hat demnach England seine Weltmachtstellung beträchtlich erweitert, so hat doch der Krieg auch ihm manche Besorgnisse und Befürchtungen gebracht, auf innerem und äußerem Gebiet. Aber diese Besorgnisse sind ganz anderer Art wie die Frankreichs. Die bange Sorge, die Frankreich quält und sein Verhalten gegen Deutschland bestimmt — die Sorge, Deutschland könnte sich bald erholen und dann wieder zu einem überlegenen Machtfaktor in Europa werden, hat vom englischen Standpunkt aus keine praktische Bedeutung. Im Gegenteil, gegen eine gewisse wirtschaftliche Erholung Deutschlands, die dieses befähigt, den ihm auferlegten Verpflichtungen möglichst nachzukommen, neue Handelsbeziehungen mit England anzuknüpfen und als dessen Vermittler oder Klient auf dem internationalen Markt zu fungieren, hat die englische Handels- und Industriebourgeoisie, wie viele Äußerungen ihrer Fachblätter und offiziellen Korporationsvertretungen beweisen, wenig einzuwenden, wenigstens nicht, soweit nicht dadurch englische Interessen tatsächlich geschädigt werden. Aber in keinem Fall darf das Deutsche Reich nach dieser Ansicht wirtschaftlich bis zu einem gewissen Grad erstarken, daß es die gefährliche Position wiedergewinnen könnte, die es in den letzten beiden Jahrzehnten vor dem Kriege innehatte. Der mächtige wirtschaftliche Aufschwung Nordamerikas und seine Festsetzung in einst von England als seine Finanz- und Handelsdomäne betrachteten Gebieten läßt sich nun einmal nicht ändern und muß als eine der üblen unvermeidlichen Folgen der Wirtschaftsentwicklung während der Kriegsjahre mit in Kauf genommen werden; aber um so weniger hält man es in den englischen Geschäftskreisen heute für angebracht, neben dem amerikanischen Rivalen auch noch einen deutschen aufwachsen zu lassen. Besonders darf Deutschlands Handelsflotte nicht wieder ihre frühere Bedeutung im internationalen Verkehrswesen gewinnen — deshalb die Aufnahme der wohlausgeklügeltsten Schiffsauslieferungs- und Schiffsbauforderungen in den Versailler Friedensvertrag, die Deutschlands Seeschifffahrt völlig mattsetzen; deshalb auch die Überlassung eines größeren Teils der von England in Beschlag genommenen, aber zurzeit nicht vorteilhaft im englischen Frachtdienst zu verwendenden ehemaligen deutschen Handelsflotte an Frankreich, und zwar bei gleichzeitiger kühler Ablehnung der von der deutschen Regierung gestellten Forderung einer Ermäßigung der im Anhang III des achten Teils des Versailler Friedensvertrags bezüglich der deutschen Handelsflotte gestellten Auslieferungsforderungen; deshalb ferner die häßlichen Äußerungen gewisser englischer Blätter über die jüngst zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und amerikanischen Schiffahrtsgesellschaften gepflogenen Kartellierungsverhandlungen.

Selbst gegen eine mäßige politische Wiedererstarkung Deutschlands und eine bescheidene Vermehrung seiner Militärmacht hat Englands heutige Regierung keine ernstlichen Bedenken; denn ein solches Gegengewicht gegen den französischen Machtdünkel würde Frankreichs Abhängigkeit von Englands Kontinentalpolitik nur erhöhen und das Greater Britannia noch mehr zum ausschlaggebenden Faktor im europäischen Staatenkonzert machen.

Im eigenen Interesse vermag demnach England Deutschland manche politische und wirtschaftliche Zugeständnisse zu machen, die uns das heutige militärische Frankreich verweigern wird; aber dieses halbe Entgegenkommen als einen Verzicht Englands auf seine jetzige wirtschaftspolitische Übermachtstellung in Europa zu deuten, wäre ein Fehler, der sich später schwer rächen könnte. Die darauf beruhenden Hoffnungen dürften sich bald als ebenso verfehlt erweisen wie die Kalkulationen jener Kontinentalpolitiker, die noch vor kurzem von einer Koalition zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien und vielleicht auch Italien gegen England träumten. Deshalb kann auch unsere Außenpolitik nicht in erster Linie darauf gerichtet sein, uns die Gönnerschaft Englands zu sichern; der Wegweiser zu einem neuen Aufstieg des deutschen Wirtschaftslebens verweist uns vielmehr auf die Anknüpfung neuer wirtschaftlicher Verbindungen mit Rußland und den skandinavischen Reichen sowie mit den Staaten Nord- und Südamerikas.

Probleme des Messewesens

Von Artur Heichen

Wie die Wirtschaft längst nicht mehr Sache des einzelnen, sondern ebenso auch der Gesamtheit ist, so sind die Messen in Leipzig, Frankfurt, Breslau, Danzig nicht mehr nur Sache einer »Zentralstelle für Interessenten der Leipziger Mustermesse«, irgendeiner anderen privaten Organisation oder allenfalls des Reichswirtschaftsministeriums, sondern gehen ebenso die ganze Volksgesamtheit an. Aus diesem Grunde beschäftigen wir uns mit dem Problem der Messen an dieser Stelle. Messen sind Einrichtungen zur Zusammenfassung des Verkehrs zwischen Industrie, Groß- und Kleinhandel. Damit kommt gleichzeitig zum Ausdruck, daß bei ihnen das *privat* wirtschaftliche Moment überwiegt. Sie sind nicht eine Organisationsform gemeinschaftlicher Bedarfsdeckungswirtschaft, sondern zeigen ausgesprochen all die Züge individualistischer Profitwirtschaft. Der Meßhandel zielt nicht in erster Linie auf Bedarfsdeckung, sondern auf Profit. Damit ist, so könnte man meinen, das Verdikt über diese Organisationsform des Handels vom Standpunkt des Sozialismus aus gefällt. Und von linkssozialistischer Seite ist dies denn oft genug auch geschehen. Die »Leipziger Volkszeitung« hat in ihren schlechteren Tagen, als noch Geyer jun. das Zepfer schwang, der Messe oft genug den Kampf angesagt und den Stab über sie gebrochen. Und die kommunistische »Rätezeitung« sah in ihr — bis zu einem gewissen Grade mit Recht — nichts anderes als die Organisation des privatkapitalistischen Ausverkaufs Deutschlands.

Um den Dingen gerecht zu werden und sie nicht durch die Brille allzu prinzipieller Betrachtung in Verzerrung zu erblicken, muß man schon etwas weiter ausholen. Wie sich im Mittelalter Jahrmärkte und Messen entwickeln, wie diese Messen seit dem dreizehnten Jahrhundert die Stützpunkte des europäischen Großhandels schlechthin werden, wie sie zu Anfang des vorigen Jahrhunderts nach und nach einen Teil ihrer Funktionen an die neuerstandenen Börsen abgeben, wie sich schließlich in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die schwerfälligen Warenmessen zu Mustermessen umbilden, all das gehört nicht hierher, sondern ist Sache der Wirtschafts-